

Seite Zwei

**Kommentar**

Edgar Schuler, Ressortleiter Zürich, über die Departementszuteilung im Zürcher Stadtrat.

Schlecht für konstruktive Politik

An der kleinen Rochade im Zürcher Stadtrat sind drei Dinge bemerkenswert. Erstens der Ärger, den Daniel Leupi (Grüne) und Richard Wolff (AL) offen an den Tag legen, weil sie von der Stadtratsmehrheit in ihre neuen Rollen gezwungen wurden. In anderen Jahren setzten Stadträte noch ein falsches Lächeln auf, wenn sie wütend waren. Diesmal hat der demonstrative Missmut Taktik. Leupi will ja nicht den Eindruck aufkommen lassen, er sei aus dem Polizeidepartement geflüchtet. Denn er hinterlässt seinem Nachfolger eine Hypothek: den neuen Kommandanten, den Leupi unbedingt haben wollte, obwohl er als Raser verurteilt ist. Wolff wiederum, der sich als Experte für Wohnen und Umwelt empfahl, ist es seinen Wählern schuldig, nur widerwillig

ein Amt anzutreten, in dem seine Kernkompetenzen keine Rolle spielen.

Zweitens der Umstand, dass ausgerechnet ein Vertreter einer polizeikritischen - um nicht zu sagen polizeifeindlichen - Kleinstpartei die Verantwortung für die Sicherheit in der Stadt übernehmen muss. Andererseits: Schon seit Jahrzehnten ist die Polizei immer wieder dem amtsjüngsten Stadtratsmitglied zugefallen. Nach zwei Sozialdemokraten und einem Grünen ist jetzt für die Alternativen die Zeit gekommen, ihre Regierungsfähigkeit zu beweisen, indem sie Sicherheitsverantwortung übernehmen. Dass der politische Vorgesetzte der Polizei und ihrem Gewaltmonopol kritisch gegenübersteht, ist nicht nur ein Nachteil. Es kann sogar ein Vorteil sein, wenn er den

Tatbeweis antreten muss, wie man Polizeiarbeit anders besser machen kann.

Drittens die Tatsache, dass die beiden letzten Bürgerlichen im Stadtrat auf ihren Ämtern sitzen bleiben. Dort können sie höchstens verwalten, kaum gestalten. Entweder waren Gerold Lauber (CVP) und Andres Türler (FDP) zu träge, um energisch das frei gewordene einflussreiche Finanzdepartement einzufordern; oder die rot-grün-alternative Mehrheit des Stadtrats will ihre Macht rücksichtslos konsolidieren. Dazu gehört, dass sie nicht bereit ist, auch nur ein Schlüsseldepartement an die Minderheit abzugeben.

Was immer die Gründe sind: Diese Konstellation ist schlecht für konstruktive Politik. Tröstlich bleibt immerhin, dass schon in neun Monaten Neuwahlen sind.